Schlesiens Handwerk

Organ des schlesischen Handwerks.
Amtliches Bekanntmachungsblatt des Landeshandwerksmeisters, der Handwerkskammern in Breslau u. Liegnitz und deren Unterorganisationen (Kreishandwerkerschaften und Innungen)

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 25 Rpf. zuzüglich 6 Rpf. Zustellgeld. Bestellungen nehmen die zuständigen Postanstalten entgegen. Bei Nichtlieferung durch höhere Gewalt kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenannahme: Karl Vater, Breslau 5. Fernruf 56435 u. 53469

Verleger u. Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schlesiens Handwerk und Gewerbe, Breslau 5, Museumplatz 16 · Ruf 21308

Nummer 32 | **Breslau, den 10. August 1935** | **16. Jahrgang**

Hilfe tut not!

Das ganze deutsche Volk steht unter dem schmerzvollen Eindruck, den das schwere Unglück in dem Basalt-, Schotter- und Edelsplittwerke in Taschenhof bei Goldberg hervorgerufen hat. Mitten aus ihrer Arbeit sind wertvolle deutsche Volksgenossen und Arbeitskameraden durch den unerbittlichen Tod dahingerafft worden. Eine tiefe Lücke klafft in der deutschen Volksgemeinschafft. Hinzu kommen Not und Elend für die hartgeprüften Hinterbliebenen, meistens kinderreiche F...milien, die mit banger Angst der Sorge ins Gesicht sehen. Pflicht aller Volksgenossen ist es deshalb, nach Kräften diese Not zu lindern. Das gesamte schle- [illegible] Handwerk fordere ich hiermit auf, in [illegible] nationalsozialistischem Geiste sich ein- [illegible] in die Front der hilfsbereiten [illegible] ossen und durch freiwillige Spen- [illegible] äußere Not beseitigen zu helfen. [illegible] n sind an die Sparkasse in Gold- berg [illegible] sien zu senden.

Ed. Fiebiger,
La[illegible] handwerksmeister Schlesien
m. d. G. b.

Reichsmittel für den Bau von Volkswohnungen

Mit dem Runderlaß vom 18. 7. 1935 hat der Reichsarbeitsminister angeordnet, daß — außer den Beträgen für Kleinsiedlung — für die Errichtung von „Volkswohnungen" 35 Millionen RM. aus Reichsmitteln bereitgestellt werden. Mit der „Volkswohnung" stellt der Reichsarbeitsminister einen neuen **Wohnungstyp** auf, der im wesentlichen zur Beseitigung der schlimmsten Wohnungsnot in den breiten Schichten der werktätigen Volksgenossen beitragen soll. Volkswohnungen im Sinne des Runderlasses sind billigste Mietwohnungen in ein- oder mehrgeschossiger Bauweise, die hinsichtlich Wohnraum und Ausstattung äußerste Beschränkung aufweisen. Die Belastung des Mieters soll keineswegs ein Fünftel des durchschnittlichen Bruttoeinkommens übersteigen. Einfachste Familienhäuser als Doppel- oder Reihenhäuser mit Garten oder Landzulage sollen bevorzugt werden. Einraumwohnungen sind von der Förderung ausgeschlossen, desgleichen Barackenwohnungen oder ähnliche nicht als Dauerbauten ausgeführte Wohnungen.

Die Gesamtherstellungskosten, — ohne die Kosten für Grundstück und Geländeerschließung — solllen grundsätzlich 3000.— RM. nicht übersteigen. Die Höhe des Reichsdarlehens beträgt bis zu 1000.— RM. für eine Wohnung. Soweit die Wohnungen der Unterbringung kinderreicher Familien dienen, sind besondere Vergünstigungen vorgesehen. Das Reichsdarlehen ist mit 4 v. H. jährlich zu verzinsen und mit 1 v. H. jährlich zu tilgen. Die Darlehen werden den Gemeinden oder Gemeindeverbänden gewährt. Diese können sie an gemeinnützige Wohnungsunternehmen weitergeben. Bewerbungen um Reichsdarlehen sind an die Gemeinden oder Gemeindeverbände zu richten.

Der K[illegible] der Handwerkerpresse.

Die E[illegible]art des handwerklichen Aufbaues beeinflußt die Neugestaltung der Handwerkerpresse Deutschlands. Es ist beim Handwerk nicht so, wie beispielsweise beim Bauernstand. Dort gibt es nur ein Fach und eine Politik. Wenn auch die verschiedene Gestaltung der Bodenverhältnisse und die verschiedenartige Lage zu den Absatzgebieten es mit sich bringen, daß die Bauern in der einen Gegend vorwiegend Viehhaltung haben, in der anderen Gegend aber vorwiegend intensiven Ackerbau betreiben, so kann man doch nicht von einem in sich abgeschlossenen Berufsstand der viehzüchtenden Bauern oder der intensiv wirtschaftenden Ackerbauern sprechen. Der Berufsstand des Bauern ist ein über das ganze Reichsgebiet. einheitlicher. Demzufolge nimmt die berufsständisch-politische und auch die fachliche Betreuung der Bauern ein und dieselbe Zeitung vor. Hierbei werden die Varianten in der bäuerlichen Arbeitsausübung wohl örtlich berücksichtigt, indem beispielsweise im Winzergebiet an der Mosel und am Rhein der Weinbau einen größeren Raum bei der fachlichen Betreuung einnimmt, während z. B. in Schlesien Ackerbau und Viehzucht fachlich in den Vordergrund treten.

Beim Handwerk liegen die Dinge ganz anders. Wir unterscheiden nach dem wirtschaftlichen Aufbau des Handwerks fünfzig verschiedene Handwerker-Berufsgruppen, die zum Teil untereinander fachlich keine Zusammenhänge haben. Der Schornsteinfeger und der Konditor, der Grobschmied und der Zahntechniker, sind fachlich nicht unter einen Hut zu bringen. Aus diesem Grunde ist es auch unmöglich, in einer Zeitung ähnlich wie in der Bauernzeitung für Schlesien alle handwerklichen Berufsgruppen fachlich zu betreuen. Aus diesen Erwägungen heraus ergibt sich, daß nicht wie beim Bauern ein und dieselbe Zeitung Fachzeitung und politische Berufsstandszeitung sein kann. Der Aufbau der Handwerkerpresse regelt sich nunmehr nach den Bestimmungen des Präsidenten der Reichspressekammer und den zusätzlichen Anordnungen des Reichshandwerksmeisters so, daß die Fachzeitschriften der einzelnen handwerklichen Berufszweige die fachliche Betreuung des betreffenden Berufes vorzunehmen haben und daß auf der anderen Seite politische Handwerkerzeitungen die Handwerkerpolitik vertreten. Für das Gebiet des Landeshandwerksmeisters Schlesien ist ab 1. Oktober die einzige handwerkspolitische Zeitung „Schlesiens Handwerk", das offizielle Organ des Landeshandwerksmeisters und der diesem unterstellten Verwaltungsbehörden, der drei Handwerkskammern Breslau, Oppeln und Liegnitz, sowie der Kreishandwerkerschaften und Innungen.

Der Präsident der Reichspressekammer, Pg. Amann, hat sich Ende Juli 1935 klipp und klar über den geplanten Ausbau der deutschen Presse geäußert. Hierbei richtet er sich nicht nur an die politischen Tageszeitungen, sondern auch an die Zeitschriftenpresse, in der, wie er sagt, in Zukunft die gleichen Gesichtspunkte durchgesetzt werden, wie bei der Tagespresse. Der Begriff „politische Zeitschrift" ist nach den bestehenden Bestimmungen sehr weit zu nehmen. Verbandszeitschriften, Sportzeitungen usw. werden, sofern nicht der Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung Einzelfälle ausnimmt, immer als politisch zu werten sein. „Schlesiens Handwerk" gilt also ohne weiteres als politische Zeitung. Aber auch alle Fachzeitschriften werden dazu zu zählen sein, zumal sie sich ja mit einschlägigen Gesetzen und deren Kommentierungen befassen. Präsident Amann wendet sich mit seinen Ausführungen gleichzeitig an die Schriftleitungen und Verleger der Presse. Er setzt wörtlich eine einzige Aufgabe fest, indem er sagt:

> **„Eine Presse, die nicht mit aller Hingabe nur die einzige Aufgabe kennt, ihre Leserschaft zum Nationalsozialismus, d. h., der nationalsozialistischen Weltanschauung in ihrer Ganzheit hinzuführen, schadet dem Staate."**

Weiterhin führt er aus:

„Eine Presse, die nur informiert, aber nicht führt, hat keine Existenzberechtigung."

Diese letzte klar umschriebene Richtlinie ist wegweisend für den Aufbau der handwerklichen Presse Deutschlands. Die früheren Kammerblätter hatten die Aufgabe in erster Linie zu informieren. Der Ursprungszweck dieser Blätter war, den einzelnen Handwerkern Bekanntmachungen informatorisch mitzuteilen.

Das wird auch in Zukunft in „Schlesiens Handwerk" erfolgen und zwar **in einem Ausmaße, daß der einzelne Handwerker die Gewißheit haben kann, daß das was er wissen muß, auch in „Schlesiens Handwerk" steht.** Darüber hinaus soll aber das handwerkspolitische Blatt Schlesiens „Schlesiens Handwerk" führen und zwar in die Politik und die nationalsozialistische Weltanschauung hinein. Aus diesem Grunde ist die Schriftleitung von „Schlesiens Handwerk" auf die Politik des Reichshandwerksmeisters und des Reichsstandes des Deutschen Handwerks verpflichtet worden. Diese Politik ist eine ausgesprochen nationalsozialistische, wie ja jede erfolgreiche Handwerkerpolitik nur noch nationalsozialistisch sein kann.

Die Gesetzgeber stellen also an die Spitze jeder Pressetätigkeit in Deutschland die politische und weltanschauliche Führung der Lesergefolgschaft. Welche Wichtigkeit hierbei der Zusammenschluß kleinerer Zeitungen zu einer publizistisch leistungsfähigen Zeitung hat, ergeht aus folgenden Ausführungen des Präsidenten der Reichspressekammer:

„Ich hoffe, daß Verlage, die durch Zusammenschluß ihre Kraft steigern und und damit auch zu größeren publizistischen Leistungen fähig werden, von sich aus auf diese Tendenz eingehen und nunmehr endlich zu vernünftigen Zusammenlegungen schreiten. Die Bejahung der kleinsten Verlage findet dort ihre Grenzen, wo jeder pressemäßige Wert fehlt."

Durch diesen Zusammenschluß wird am 1. Oktober in der Handwerkerpresse Schlesiens aus den drei Kammerblättern der Kammer Breslau, Liegnitz und Oppeln ein Zentralorgan „Schlesiens Handwerk" gebildet.

In den Vordergrund jeder Pressearbeit stellt Präsident Amann die **Eigenarbeit in der Zeitung,** wobei er die Forderung stellt, daß die Schriftleitungen, die eine Arbeitsgemeinschaft mit den Verlegern bilden sollen, den politischen Teil ihrer Zeitung in eigener Arbeit verrichten. Diese Eigenarbeit ist dann in besonderem Maße gesichert, wenn ein Zentralorgan infolge Vergrößerung ihres Umfanges auch finanziell leistungsfähiger wird.

Für das schlesische Handwerk hat die Stärkung der politischen Handwerkerpresse einen ganz besonderen Wert, denn diese Zeitung ist das in allererster Linie berufene Organ, nicht nur die handwerklichen Kameraden aufzuklären, sondern auch das schlesische Handwerk und dessen Wünsche behördlichen Stellen und der Oeffentlichkeit gegenüber zu vertreten.

Die Umstellung der Handwerkerpresse in Schlesien stößt auf eine Schwierigkeit, die aber dann keine Schwierigkeit mehr ist, wenn der Gesamtheit der schlesischen Handwerker die Zukunftsaufgaben unserer schlesischen Handwerkerpresse bekannt sind. Bisher war es üblich, daß die Kosten für die Herstellung der Kammerblätter und deren Uebersendung an die einzelnen Handwerker aus Mitteln der Handwerkskammern bestritten wurden. Diese Mittel der Handwerkskammern setzten sich wiederum aus den Beiträgen der Handwerker zusammen. Es handelte sich also um eine indirekte Bezahlung des Zeitungsabonnements und nicht um eine Gratislieferung. Nunmehr wird in Verfolg der gesetzlichen Bestimmungen das Zeitungsgeld direkt von jedem Leser durch die Post eingezogen. Da aber die Kammerbeiträge nicht sprunghaft entsprechend herabgesetzt werden können, glaubt oft der einzelne Handwerker, daß er durch die Neuregelung des Zeitungswesens verteuert würde. Das ist aber eine irrtümliche Schlußfolgerung. Die Beiträge der einzelnen Handwerker müssen neben den Handwerkskammern und den Innungen auch die anderen notwendigen Handwerkervertretungen finanzieren. Es handelt sich letzten Endes darum, aus dem Status quo herauszukommen und das deutsche Handwerk zu einem ganz modernen Handwerk umzugestalten. Diese Modernisierung des Handwerks ist unbedingt notwendig, weil nur ein durchaus modernes Handwerk leistungsfähig sein kann. Diese Notwendigkeit ist Grund für die augenblickliche Beitragshöhe im Handwerk. Daß die Beitragshöhe nur eine vorübergehende ist, ergibt sich aus den Ausführungen des Reichskommissars für den Mittelstand, Ministerialdirektor Dr. Wienbeck, der erst vor einigen Tagen davon sprach, daß nach Erfüllung der aufbauenden Aufgaben eine Kostensenkung der Pflichtbeiträge kommen werde. (vergl. „Schlesiens Handwerk" Nr. 31 vom 3. August 1935). Die Kosten für den organisatorischen Aufbau des Handwerks waren deshalb besonders notwendig, weil durch diesen organisatorischen Aufbau erst einmal die Möglichkeit dafür gegeben war, das Handwerk zahlen- und wertmäßig innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft nachzuweisen.

Falsch ist es jedenfalls, die Beiträge mit dem Bezug der handwerkspolitischen Zeitung „Schlesiens Handwerk" in Zusammenhang zu bringen. **Hier wird sich das schlesische Handwerk des vollen Ernstes seiner Lage bewußt sein müssen und wird aus tiefernsten Erwägungen heraus dem handwerkspolitischen Zentralorgan Schlesiens die denkbar beste Unterstützung geben müssen. Möglich ist das, denn „Schlesiens Handwerk" kostet nur 1 Pfg. pro Tag. Das muß auch von schwachen Handwerksbetrieben aufgebracht werden.**

K. Winkler.

Die Innungen bleiben bestehen!

Anläßlich der Reichstagung des Elektro-Installateurhandwerks führte Reichshandwerksmeister Schmidt u. a. folgendes aus:

Das Handwerk ist in seinem organisatorischen Aufbau ein großes Stück vorwärts gekommen. Pg. Schmidt dankte allen denen, die mit ihm in unerschütterlicher Treue und Vertrauen die grundsätzlichen handwerkspolitischen Wege gegangen sind. Dagegen wandte er sich mit aller Schärfe gegen die, die nur im Trüben fischen und glauben, an der Aufbauarbeit Sabotage treiben zu können. Pg. Schmidt beschäftigte sich dann mit der Beförderung des Meisters zum Obermeister und sagte, daß diese nur vom Bezirksinnungsmeister im Rahmen seiner sachlichen Hoheit und durch sein späteres Gutachten vor sich gehen kann. Vielfach, so betonte er, haben es verantwortungslose Saboteure fertig gebracht, die Lüge zu verbreiten, daß die Innungen in allernächster Zeit aufgelöst würden.

Das seien falsche Gerüchte, die jeder Grundlage entbehren, **die Innungen werden keinesfalls aufgelöst werden.**

Reichshandwerksmeister Schmidt betonte u. a., daß die 5 Verordnungen, die den Aufbau des Handwerks regeln, allein richtunggebend seien und daß niemand, weder der Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht, noch der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, noch er als Reichshandwerksmeister daran dächten, von der durch diese Verordnungen klar vorgezeichneten Linie abzuweichen.

Die Schichtung der Einkommen in Polen.

S-. Gerade in der gegenwärtigen Zeit ist es außerordentlich interessant, sich etwas mit den Wirtschaftsverhältnissen unseres Nachbarlandes Polen zu beschäftigen. Man kommt dabei nämlich zu dem Ergebnis, daß trotz aller Leute, die sich in unserem Lande verpflichtet fühlen, zu unken, unsere Wirtschaftsverhältnisse jeden Vergleich mit denen des benachbarten Landes aushalten.

Das polnische Finanzministerium hat kürzlich recht interessante Zahlen über die Einkommenverhältnisse in Polen veröffentlicht. Wie aus dieser Statistik hervorgeht, **bezieht die Mehrzahl der Einwohner des Staates ein Einkommen unter 200 Zloty** (1 Zloty= 46 Pf.) monatlich und die Zahl derjenigen Einwohner, die mehr als 200 Zloty verdienen, vermindert sich von Jahr zu Jahr. Sie betrug im Jahre 1929 — 334 000, im Jahre 1930 — 309 000 und im Jahre 1931 — 294 0[illegible] Für die folgenden Jahre liegen die Ange[illegible] noch nicht vor, es ist jedoch anzunehmen [illegible] sich die Zahl weiter rückläufig bewe[illegible]

Einkommensteuer von einem jährli[illegible] kommen von weniger als 2 600 Zlo[illegible] im Jahre 1929 — 318 000 Per[illegible] Jahre 1930 — 299 000 Persone[illegible] um Jahre 1931 — 295 000 Personen[illegible]

Der größte Teil der Einkomm[illegible] ahler bezog sein Einkommen aus Gru[illegible] näm-lich 310 000 Personen. Aus E[illegible] geschäf-ten bezogen 259 000 Personen [illegible] inkom-men, aus der Landwirtschaft [illegible] Perso-nen und **aus handwerklicher [illegible]ftigung 96 000 Personen.**

Recht interessant sind die [illegible]teilungen über die sogenannten „Oberen Zehntausend". Die Zahl der Personen mit einem Einkommen von mehr als 20 000 Zloty jährlich ist recht gering. Ein Einkommen von 20—40 000 Zloty hatten in den Jahren 1929 und 1930 nur 13 000 Personen, im Jahre 1931 sogar nur 11 000 Personen. Ein Einkommen von mehr als 40 000 Zloty entfiel im Jahre 1929 auf 7 000 Personen, im Jahre 1930 auf 6 000 Personen und im Jahre 1931 auf 5 000 Personen. Die Krisenjahre haben also auch die Einkommen der oberen Schichten recht kräftig reduziert.

Nimmt man an, daß für eine Familie von drei Personen das Existenzminimum bei einer einigermaßen auch den zivilisatorischen und kulturellen Bedürfnissen Rechnung tragenden Lebensführung bei 300.— Zloty liegt, dann ergibt sich, daß ca. 50% der durch Arbeit ihr Brot verdienenden Menschen dieses Existenzminimum nicht erreicht. Allerdings dürfte die genannte Form nur für die städtische Bevölkerung gelten. Auf dem Lande sind die Lebensmittel so außerordentlich billig, daß das Existensminimum, zumal dort auch von Bedürfnissen höherer Ordnung beim Durchschnitt der Bevölkerung nicht gesprochen werden kann, wesentlich niedriger liegt.

Aus dem schlesischen Handwerk

Handwerkertag des Kreises Landeshut.

Die Handwerker des Kreises Landeshut hatten unter zahlreicher Beteiligung am 28. Juli 1935 einen Kreishandwerkertag durchgeführt. Kreishandwerksmeister Pg. Beck konnte neben Veteranen des Handwerks den Landeshandwerksmeister Schlesien, Vertreter der Kreisleitung Landeshut der NSDAP., den Landrat und die Bürgermeister der Städte des Kreises Landeshut begrüßen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rede des Landeshandwerksmeisters, welcher nach dem Bericht des „Beobachter im Iser- und Riesengebirge" u. a. ausführte:

„Ich bin gern nach hier gekommen, denn ich weiß, daß gerade im Kreise Landeshut ein zäher Wille vorhanden ist, durchzuhalten und Disziplin zu wahren. Das Landeshuter Handwerk leidet Not, es mangelt ihm an Aufträgen. Es hat aber die starke Hoffnung, daß es besser werden wird. Wir wollen den unerschütterlichen Glauben an den Führer unter Beweis stellen." Der Redner warf dann einen Rückblick auf die Blütezeit des deutschen Handwerks und seinen Niedergang im Zeitalter des Liberalismus. An diese Zeit müsse man sich immer erinnern, denn nur zu leicht vergesse man, daß man nun etwas anderes vor sich sieht, daß es dank unserem Führer jetzt langsam, aber sicher wieder aufwärts geht. In diesem Zusammenhang richtete der Landeshandwerksmeister an die „kleinen Geister" und „Zaunkönige" ernste Worte. Erst gilt es, die Pflichten gemeinsam zu erfüllen, dann kommt von ganz allein der Erfolg nicht für den einzelnen, sondern für uns alle. Für konfessionelle Streitigkeiten sei im deutschen Handwerk kein Platz. Gegenüber der Maulwurfsarbeit der Reaktionäre stehen wir Gewehr bei Fuß. Von der Kreishandwerkerschaft erwarte er, daß sie ihrem Führer, dem Parteigenossen Beck, dem er für seine bisher geleistete Arbeit dankbare Anerkennung zollte, auch weiter treue Gefolgschaft leiste und daß jeder seine Pflichten erfüllt. Weiter machte Pg. Fiebiger u. a. grundlegende Ausführungen über die Gesundung der Familie und betonte am Schluß: Optimismus müsse die Losung sein.

„Immer schaffen, immer streben,
Nie ermüden, das ist Leben!"

Die Handwerkerkundgebung klang in einer Ehrung von Handwerkerveteranen und in einem Treuegelöbnis des Handwerks im Kreise Landeshut zum Führer und zum Volk aus.

Elektromotoren
Reparaturwerk seit 190.
Ankauf und Verkauf
Breslau 10
Matthiasstraße 39
Fernruf 44254

Herrenschneiderinnung Breslau

Im Beisein von Meistern, Gesellen und Lehrlingen wurden durch Obermeister Pg. Hentschel die neuen Lehrlinge in die Gemeinschaft von Meister, Geselle und Lehrling aufgenommen' Vier freigewordene Lehrlinge wurden durch Handschlag zu steter Pflichterfüllung verpflichtet. Ihnen wurden die Gesellenbriefe überreicht. Altgeselle Pg. Schwarz nahm die vier Junggesellen in den Gesellenstand auf. In ebenso feierlicher Form wurden vier Jungmeister die Meisterbriefe ausgehändigt. Ein Altgeselle wurde für seine 25jährige Tätigkeit im Beruf geehrt. Als Vertreter der Arbeitsfront war Pg. Förster zugegen.

Herrenschneiderinnung Ratibor.

Zum Sommer-Quartal der Herrenschneider-Innung Ratibor waren die Ehrenmeister Schula und Matuschik als Gäste erschienen. Obermeister Stoschek gedachte der in den letzten 10 Monaten verstorbenen 10 Innungsmitglieder. Die Anwesenden ehrten die Toten. Ueber die neue Lehrlingsordnung berichtete der Obermeister, daß jeder neue Lehrling vor Beginn der Lehrzeit sich einer Eignungsprüfung unterziehen muß. Weiterhin würde über die Fortbildungsschule, zusätzliche Berufsschulung, Zwischenprüfung während der Lehrzeit, die Gesellenprüfung, Tarif- und Kalkulationsfragen gesprochen.

Damenschneiderinnung Goldberg

Die Bezirksgruppe Goldberg der Damenschneider-Kreisinnung hielt mit 60 Mitgliedern ihre Sommerquartalssitzung ab. Der Amtsleiter der NSV, Lehrer Hoch, Röchlitz, hielt einen Werbevortrag über die NSV. Nach Erledigung einiger personeller Fragen und einem Bericht über den Reichshandwerkertag erfolgte eine rege Aussprache über einen Schnittzeichenkursus in Liegnitz, an dem von der Bezirksgruppe Goldberg 10 Mitglieder teilnehmen werden. Auch die fachliche Aufklärung erhielt in der Quartalsversammlung dadurch eine wertvolle Unterstreichung, daß an einem lebenden Modell ein Berufskleid gezeigt wurde. Es wurde beschlossen, mit den Lehrlingen nach dem ersten Lehrjahr eine Zwischenprüfung vorzunehmen. Zur Bekämpfung der Schwarzarbeiter sollen nicht nur die Schwarzarbeiter selbst, sondern auch deren Auftraggeber gemeldet werden. Zum Schluß des Quartals dankte die Obermeisterin für die geleistete Abgabe zur Adolf-Hitler-Spende.

Friseur-Innung Strehlen.

Durch Handschlag nahm Obermeister Pg. Wagenknecht von der Friseur-Innung Strehlen vier neue Lehrlinge in die Innung auf. Kreishandwerksmeister Pg. Scholz, der als Gast der Quartalsversammlung beiwohnte, sprach zu den neu aufgenommenen Lehrlingen über den Sinn und Wert des Handwerks.

Friseur-Innung Lüben.

Das Sommerquartal der Friseurinnung Lüben fand in Kotzenau statt. Als Gäste waren der Kreisleiter der NS-Hago, Pg. Arndt, Lüben und Bürgermeister Hawranke, Kotzenau, zugegen. Obermeister Kulbe nahm in feierlicher Handlung die Freisprechung eines Lehrlings zum Junggesellen vor. Zwei Lehrlinge wurden in die Innung aufgenommen.

In dem Piastenschloß in Lüben ist eine Fachschule eingerichtet worden, in der in bisher 348 Lehrstunden gute Erfolge nachzuweisen sind. Die fachliche Förderung der Innungskameraden wurde durch einen Vortrag des stellvertretenden Obermeisters Klose vorgenommen. Das Thema lautete: „Warum muß jeder Friseur Föhnweller sein"? Innungskamerad Klose machte zu seinem Vortrage an einem Modell praktische Vorführungen.

Friseur-Innung Ratibor.

Bei der Quartalsversammlung der Friseurinnung Ratibor wurden von Obermeister Langer fünf männliche und ein weiblicher Lehrling zu Gesellen freigesprochen.

Unter Ermahnungen behändigte der Obermeister den Junggesellen die Gesellenbriefe.

Eine sehr wertvolle Ausgestaltung der Quartalsversammlung erfolgte durch den Innungskamerad Dürschlag, der selbstgedrehte Filme vom Reichsberufswettkampf und vom Reichshandwerkertag in Frankfurt a. M. vorführte.

Friseur-Innung Waldenburg.

Die Quartalssitzung der Friseur-Innung Waldenburg fand in Gottesberg statt. Als Gäste waren u. a. Ehrenobermeister Kunisch, die Ehrenmitglieder Urban und Tilch und Pg. Gläser als Vertreter der Betriebsgemeinschaft 18 zugegen. Innungskamerad Brauner wurde durch Obermeister Hoffmann als stellvertretender Obermeister verpflichtet. Vor geöffneter Innungslade wurden zwei neue Mitglieder in die Innung aufgenommen. Besonders feierlich gestaltete sich die Einführung von 11 Lehrlingen, die in Berufsmänteln vor geöffneter Lade Platz genommen hatten. Obermeister Hoffmann gab einen ausführlichen Bericht über den Reichshandwerkertag in Frankfurt a. M., bei dem ihm die im Jahre 1887 gestiftete Amtskette des Obermeisters vom Reichshandwerksmeister mit der Berechtigung zum weiteren Tragen überreicht wurde. Innungskamerad Gräber wurde zum Innungspressewart ernannt.

Der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers dankt dem schlesischen Handwerk.

Der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, Gauleiter Pg. Bürkel, hat der Handwerkskammer zu Breslau für die tatkräftige Unterstützung bei der Verbreitung der Saargedenkprämie, deren Erträgnisse unseren hilfsbedürftigen Volksgenossen an der Saar zugute kommen, seinen Dank ausgesprochen.

Spare bei Deiner Genossenschaft
Die in Not Rat und Hilfe schafft.

Breslauer Bankverein

E. G. m. b. H. Blumenstr. 8 Gegr. 1896

Schuhmacher-Innung Gleiwitz.

Das Sommerquartal der Schuhmacher-Innung Gleiwitz, welches von Obermeister Kupka geleitet wurde, war umrahmt von Gesangsdarbietungen der Gesangsabteilung der Bäcker-Innung und musikalischen Darbietungen. Als Gast war Kreishandwerksmeister Franz erschienen. In feierlicher Form wurden fünf Lehrlinge losgesprochen. Ein Mitglied der Innung, Obermeister J. Kropiwoda-Peiskretscham, war fast 25 Jahre Obermeister der Innung und ist nunmehr 40 Jahre als Schuhmachermeister tätig. Ihm wurde für seine verdienstvolle Tätigkeit im Handwerk eine besondere Ehrung dadurch zuteil, daß er das Diplom seiner Ernennung zum Ehrenobermeister behändigt bekam. Während der Quartalsversammlung wurden auch die Bezirks- und Ortssieger im Reichsberufswettkampf durch Ueberreichung von Diplomen geehrt. Als Gast sprach zu den Handwerkskameraden der Schuhmacherinnung Gleiwitz der Vizepräsident der Handwerkskammer, Pg. Brauner.

Schuhmacher-Innung Kreis Reichenbach

In der Sommerquartals-Sitzung der Schuhmacher-Innung des Kreises Reichenbach wurde besonders hervorgehoben, daß eine weitere Berufsausbildung deshalb von größter Wichtigkeit sei, weil bei der Vergebung öffentlicher Aufträge nur die Leistung im Vordergrund steht. Der Lehrlingswart, Max Gärtner, gab den einheitlichen Lehrplan für die Lehrlingsausbildung, welcher von dem Reichsinnungsmeister SA-Gruppenführer Heß geschaffen wurde, bekannt. Das Quartal wurde von dem Obermeister Georg Manusch geleitet. Als Gast war Kreishandwerksmeister Bäcker-Obermeister Feige zugegen, der über den weiteren Aufbau des Handwerks sprach.

Schmiede-Innung Wohlau.

Unter Beisein des Kreishandwerksmeisters Pg. Schneider fand das Sommerquartal der Schmiede-Innung des Kreises Wohlau in Dyherrnfurth statt.

Vor geöffneter Lade wurden die Innungsbeiräte und der Gesellenwart verpflichtet. Nach der Freisprechung von zwei Gesellen wurden in feierlicher Weise neun Lehrlinge in die Innung aufgenommen.

Sattler- u. Tapeziererinnung Löwenberg

Zum Sommerquartal der Sattler- und Tapezierer-Innung Löwenberg waren Bezirksinnungsmeister Pg. Brauner-Gleiwitz, Kreishandwerksmeister Pg. Heinze-Löwenberg und Betriebsgemeinschaftsleiter Rose als Vertreter der DAF. erschienen.

Obermeister Laake-Hirschberg wurde zum Ehrenobermeister ernannt. Obermeister Muster-Löwenberg verlieh ihm eine Ehrenurkunde.

Bezirksinnungsmeister Hentschel 50 Jahr

Am Donnerstag, dem 8. August 1935 ist der Bezirksinnungsmeister der Klempner und Installateure, Herr Klempner- und Installateurmeister Gustav Hentschel, Heydebreck, 50 Jahre alt. Wir gratulieren dem Jubilar zu diesem Tage und wünschen ihm für seine umsichtige und uneigennützige Arbeit an seinem schlesischen Fachhandwerk weiterhin die besten Erfolge. Möge ihm in den kommenden 50 Jahren das beste Wohlergeben beschieden bleiben, auf daß es ihm möglich wird, auch weiterhin die Belange der schlesischen Klempner und Installateure zu fördern.

Für gerechte Preise und gerechte Auftragserteilung.

Schlesiens Schneiderobermeister tagten in Görlitz.

Im Beisein des Reichsinnungsmeisters für das Schneiderhandwerk, Pg. Schäller-Berlin, des Landeshandwerksmeisters m. d. G. b. Pg. Fiebiger und des Vizepräsidenten der Handwerkskammer Liegnitz, Pg. Garbe tagten in Görlitz die Schneiderobermeister Schlesiens unter Leitung des Bezirksinnungsmeisters Pg. Grützner-Görlitz.

Landeshandwerksmeister Pg. Fiebiger unterstrich in einer Ansprache, die nicht nur an die Schneiderobermeister, sondern auch an den Reichsinnungsmeister gerichtet war, den schweren Kampf des schlesischen Grenzhandwerks. Ganz besondere Not leidet das Schneiderhandwerk. Diese Not kann nur dadurch gemildert werden, wenn allgemein die Maßarbeit in den Vordergrund gestellt wird. Der Landeshandwerksmeister gab dem Wunsche Ausdruck, daß alle Reichs- und Staatslieferungen prozentual auch in den Wirtschaftskanal Schlesien fließen möchten und bat den Reichsinnungsmeister sich dafür einzusetzen. Pg. Fiebiger forderte für das schlesische Handwerk keinerlei Bevorzugung, sondern gerechte Preise und gerechte Auftragserteilung.

Die Tagung erhielt einen besonderen Wert dadurch, daß sich der Reichsinnungsmeister des Schneiderhandwerks, Pg. Schäller, durch eine kameradschaftliche Aussprache mit den Obermeistern von der tatsächlich vorhandenen ungünstigen Lage der handwerklichen Wirtschaft im schlesischen Grenzland überzeugen konnte. Diese Informierung an Ort und Stelle hat dazu geführt, daß der Reichsinnungsmeister zugesichert hat, dem schlesischen Schneiderhandwerk bei Vergebung von Reichs- und Staatsaufträgen die nötige Berücksichtigung zur erwirken.

Tagung der schlesischen Fleischerobermeister in Gleiwitz.

In Gleiwitz OS. tagten unter Leitung des Bezirksinnungsmeisters Max Bittner aus Breslau die schlesischen Fleischerobermeister.

Nach einer Aussprache mit Vertretern verschiedener Behörden, in der die Wünsche Wünsche und Anregungen des Fleischerhandwerks vorgetragen wurden, traten am Sonntag, dem 28. Juli die Fleischerobermeister Schlesiens in eine Arbeitstagung ein. In einer längeren Aussprache über „Fleisch im eigenen Saft" brachten die Fleischerobermeister zum Ausdruck, daß sie gern das an sich schwierige Amt des Verteilens des Dosenfleisches übernehmen. Der Verkauf von „Fleisch im eigenen Saft" hat eine außerordentlich große Bedeutung auf dem Gebiet der Marktregulierung in der deutschen Wirtschaft. Es kann deshalb nicht genug darauf hingewiesen werden, daß jede deutsche Familie wenigstens einmal in der Woche „Fleisch im eigenen Saft" verwendet. Für kleinere Familien ist jetzt eine Erleichterung dadurch geschaffen worden, daß auch Schweinefleisch in Pfunddosen zum Preise von 80 Pfg. gekauft werden kann.

Handwerker-Ehrungen.

Dem Ehrenmitglied der Tischler-, Boots- und Modellbauer-Innung Neumarkt, dem früheren Obermeister Paul Müller, Neumarkt, wurde anläßlich seines vierzigjährigen Meisterjubiläums eine Ehrenurkunde der Handwerkskammer verliehen.

Anläßlich des 25 jährigen Meisterjubiläums erhielten die Fleischermeister Adolf Langer in Sacrau und Fritz Gruber in Juliusburg Ehrendiplome der Handwerkskammer.

Sein vierzigjähriges Geschäftsjubiläum begeht das Innungsmitglied der Herrenschneider-Innung für den Kreis Oels, Gustav Herrmann aus Mühlatschütz. Anläßlich seines Jubiläums wird ihm ein Diplom der Handwerkskammer überreicht.

Schneidermeister Carl Arndt, Breslau, Albrechtstraße 15. legte am 3. August 1885 in Memel seine Meisterprüfung ab. Der Jubilar ist nunmehr 50 Jahre Handwerksmeister. Ihm wurde aus Anlaß dieses Jubiläums ein Ehrendiplom der Handwerkskammer überreicht.

Wettbewerb Parkgaststätte „Schweizerei" im Scheitniger Park in Breslau.

Im März 1935 hatte die Stadt Breslau einen Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für den Neubau der Parkgaststätte „Schweizerei" ausgeschrieben. Den ersten Preis erhielt Architekt M. d. R. K. Alfred Hinderlich, den 2. Preis M. d. R. K. Georg Aßmann und den 3. Preis M. d. R. K. Paul Klein, sämtlich zu Breslau. Die fachlichen Beschreibungen der preisgekrönten Entwürfe befinden sich in der baugewerblichen Fachzeitschrift „Ostdeutsche Bau-Zeitung" Nr. 31 vom 1. 8. 1935.

Junger Handwerksmeister ehrt das Streben seiner Vorfahren.

Aus Hannover erhalten wir die Meldung, daß eine Sattlerfamilie auf ein 100 jähriges Bestehen zurückblicken kann. Wir haben in Schlesien zahlreiche Handwerkerfamilien, die ebenso alt und noch älter sind. Für diese soll die vorliegende Meldung vor allen Dingen bestimmt sein.

Der Sattlermeister Georg Eckardt in Verden, der jetzige Inhaber der von seinen Vorfahren gegründeten Sattlerwerkstatt, hat zu Ehren seines Großvaters eine künstlerisch hergestellte Arbeit in Leder dem Heimatmuseum zur Verfügung gestellt. Auf einem Stück Leder in der Größe von 110×120 cm legte der Sattlermeister die elfjährige zunftmäßige Wanderzeit seines Großvaters fest. Die Wanderung begann 1825 von Hannover aus und endete 1835 in Schlüsselburg, wo der Vorfahre des jetzigen Sattlermeisters die Werkstatt gründete. Der Wanderweg, der auf dem Leder festgelegt ist, führte durch ganz Deutschland, Schweden und Norwegen und Oesterreich-Ungarn. Durch Handnaht sind die Wandertouren festgelegt. Die Orte, in denen sich der Wandergeselle nach den Bestimmungen der Zunft zu melden hatte, sind durch Lederschnitte und durch Punzarbeit markiert.

Eine Anregung: Befinden sich in den Händen schlesischer Handwerker noch alte Wanderbücher? Wo solche vorhanden sind, ist es wertvoll, deren Inhalt der Presse- und Propagandastelle des Landeshandwerksmeisters für Archivzwecke mitzuteilen.

Die Lieferungsgenossenschaften im Handwerk und ihre wirtschaftliche Bedeutung.

Von Fritz Schwering, Referent im Deutschen Genossenschaftsverband, Berlin.

I.

Der Zweck der unter obigem Titel von Klaus Beckers verfaßten gründlichen, jetzt im Deutschen Genossenschafts-Verlag e. G. m. b. H., Berlin, erscheinenden Arbeit ist der Hinweis auf die Lieferungsgenossenschaften als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Wenn Schultze-Delitsch die Lieferungsgenossenschaften in seinen Ueberlegungen, Reden und Schriften nicht berücksichtigt hat, so findet das seinen Grund darin, daß die Probleme jener Zeit andere waren als die der Gegenwart. Wegen seiner Bedeutung und seiner grundsätzlichen Ueberlegungen soll das wesentlichste des Inhalts der Arbeit hier kurz aufgezeichnet werden.

Die in der neuesten Zeit gegründeten Lieferungsgenossenschaften, die Arbeitsgemeinschaften oder Auffangstellen für Aufträge darstellen, sollen dem Handwerk Lieferungen vermitteln; sie verfolgen das Ziel, gemeinschaftlich Arbeiten zu übernehmen und auszuführen. Sie erstreben die Bildung größerer Produktionseinheiten zur Bewältigung größerer Aufträge und größerer Arbeiten und wollen eine bestmögliche Verwertung von Handwerksprodukten bezw. Handwerksleistungen durch Uebernahme der Verkaufs- oder Vertragsfunktion erreichen. Ihre Haupttätigkeit besteht in der Beteiligung an Verdingungen.

Bei der Lieferungsgenossenschaft liegt dem normalen Geschäftsvorfall eine freihändige Vergebung der Arbeiten zugrunde. Der Begriff „Lieferung" soll nicht nur eine Waren-, sondern auch eine Dienstleistung umfassen, soll also Preis- und Lohnwerk zulassen. Die Lieferungsgenossenschaft bemüht sich — entsprechend dem § 1 des Genossenschaftsgesetzes — um Aufträge für ihre angeschlossenen selbständig bleibenden Mitglieder, die diese nach einem bestimmten Verteilungssystem durch die Mitgliedsbetriebe und gegebenenfalls auch in Fertigungsstellen erledigen, So ist die Genossenschaft nur Arbeitsvermittlerin, deren Tätigkeit in der genossenschaftlichen Garantie- und Erfüllungsübernahme besteht.

Sehr selten werden bis zum Jahre 1914 Lieferungsgenossenschaften erwähnt, und nur ganz vereinzelt übten Genossenschaften vor dem Kriege die Funktion einer Lieferungsgenossenschaft aus. Eigenartig war es immerhin, daß auf dem 51. Genossenschaftstage in Bad Nauheim der Vorschlag der Anwaltschaft des Deutschen Genossenschaftsverbandes e. V., derartige Genossenschaften zu gründen, gerade in Handwerkskreisen auf erheblichen Widerstand stieß. Man warnte sogar vor derartigen Gründungen. Es erfolgten dann während des Weltkrieges lebhafte Gründungen von Lieferungsgenossenschaften, die damals selbstverständlich florierten. Seitens der Militärverwaltung wurden gute Preise gezahlt; die Militärverwaltung besorgte auch die Rohstoffe und war vor allem bei der Abnahme der Arbeiten milde im Urteil. Die viel zu schnell vor sich gegangenen Neugründungen waren wenig oder gar nicht von genossenschaftlichem Geist durchdrungen, so daß sie im Kern nicht gesund waren. Gute und gesunde geschäftliche Grundsätze, zu denen auch die Ablehnung jeder Kreditgewährung gehört, fehlten. Sie waren aus der Kriegsnot heraus geboren und haben trotz mancher Kritik doch dem Vaterlande in jener Zeit wertvolle Dienste geleistet. Nach dem Kriege erlebten die Lieferungsgenossenschaften infolge vollständigen Fehlens des Kriegsbedarfes einen großen Niedergang, so daß nur diejenigen von ihnen leben blieben, die rechtzeitig mit dem Lieferungsgeschäft auch eine Rohstoffbezugsabteilung verbunden hatten.

Während die Jahre 1920—1933 so gut wie gar keinen Bestand aufweisen, haben **erst die öffentlichen Aufgaben des Jahres 1933 den Anstoß gegeben, neue Lieferungsgenossenschaften zu gründen.** Ungemein wichtig sind die Feststellungen der weiteren Gründe für den Niedergang der Lieferungsgenossenschaften nach dem Kriege. Wenn im Kriege keine Submissionen, sondern infolge Fehlens von Zeit nur freihändige Vergebungen vorgenommen wurden und nur verdient wurde, so galten nach dem Kriege wieder nur Submissionen. Gegen die Konkurrenz der Industrie und des Handels konnte die Lieferungsgenossenschaft nicht aufkommen. Man mußte jetzt auch wieder verstehen zu kalkulieren. Hinzu kam dann die Todfeindschaft der ganzen offiziellen Wirtschaftspolitik dem Handwerk gegenüber. Wie sollte man unter solchen Umständen auch der Konkurrenz der Fabrikware gegenüber gewachsen sein? Die Initiativkraft der Handwerker war gering; außerdem waren die Handwerker nicht immer leicht zur Selbsthilfe zu bewegen.

Da unter den verschiedensten Auftraggebern beispielsweise die Behörden heute — selbstverständlich nicht unter Außerachtlassung gesunder Wettbewerbsgrundsätze — angehalten worden sind, an mittlere und kleinere Betriebe Aufträge zu vergeben, so können die Lieferungsgenossenschaften in der Arbeitsbeschaffung verständlicherweise eine besondere Stellung inne haben. Eine der vielen Voraussetzungen ist jedoch, daß neben anderen auch der Staat für Aufträge sorgt und dem Handwerk Arbeit und Beschäftigung für seine brachliegenden Kräfte gibt. Eine weitere Vorbedingung für das Gedeihen einer Lieferungsgenossenschaft wird oft die Angliederung von einkaufs- und werkgenossenschaftlichen Einrichtungen sein.

Ihre große sozial- und volkswirtschaftliche Aufgabe liegt darin, Arbeitsvermittlerin des Handwerks zu sein und eine Zusammenballung der Aufträge in Händen Weniger zu verhüten. Sie verfolgt das Ziel, mehr Hände zu beschäftigen und nicht Maschinen.

Gerade Lieferungsgenossenschaften könnten auch für den Export von Handwerkerwaren eine Rolle spielen, so bei Spielwaren, keramischen Sachen und qualitativ besseren Möbelstücken, die Konkurrenzfähigkeit des Handwerks mit der Industrieware jedoch vorausgesetzt. Hier würde der Gewinn des Großunternehmers und des Zwischenhändlers an die Lieferungsgenossenschaft fallen. Die kaufmännische Kaufabschluß-Seite würde — was nicht unwichtig ist — dem einzelnen Handwerksbetriebe durch die Genossenschaft abgenommen werden. Inzwischen ist auch zu diesem Zwecke eine Ausfuhr-Förderungsstelle in Leipzig gegründet worden.

Da die Lieferungsgenossenschaft neue Absatzmöglichkeiten und somit zusätzliche Arbeit erschließen, können sie ferner zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit mancher Handwerker erheblich beitragen.

Aber immer wieder ist zu betonen, daß die Konkurrenz des Handwerks mit der Fabrikware ausschlaggebend bleibt.

Da die Lieferungsgenossenschaft eine Zusammenfassung fachlicher und finanzieller Leistungskraft darstellt, so kann sie natürlich den Auftraggebern und besonders auch den Lieferanten ganz andere Garantien bieten, als es der einzelne für sich allein jemals zuwege brächte. Darüber hinaus hat aber auch die Behörde durch die Lieferungsgenossenschaft bei der Arbeitsbeschaffung den Vorteil, daß bei der Vergebung der Arbeiten nur mit einer Stelle und nicht mit der Vielheit der Handwerker verhandelt zu werden braucht.

Die von der Regierung in Gang gesetzte Arbeitsbeschaffung, die aus der Depression herausführen soll, bedeutet ein Planen auf lange Sicht mit dem Ziel einer Belebung der Gesamtwirtschaft. Ein solches Beginnen darf daher nicht nur vorübergehen und von kurzer Dauer sein, denn sonst würde den errichteten und zu errichtenden Lieferungsgenossenschaften die Gefahr drohen, plötzlich ohne Arbeit dazustehen. Es ist selbstverständlich, daß eine Lieferungsgenossenschaft nur für einen einmalig auftretenden Bedarf nicht gegründet werden darf, auch nicht für einen kleinen Auftrag. Die damit verbundenen Umstände und Kosten wären zu groß. Andere Gesellschafts- oder Rechtsformen wären dann besser am Platze. Geradezu verfehlt wäre die Gründung einer Lieferungsgenossenschaft, wenn sie dem Handwerker ausschließlich durch behördliche Aufträge Arbeiten zuführen würde, und dagegen, durch Vernachlässigung der Belieferung der privaten Kundschaft seitens des Handwerkers diesem Verdienstgelegenheiten genommen würden. Die öffentlichen Aufträge sollen immer nur eine zusätzliche Beschäftigung darstellen.

Die Klärung der Entgeltfrage ist ganz zweifelsohne das Hauptproblem der Lieferungsgenossenschaften. Wir versagen es uns, auf nähere Einzelheiten einzugehen, da zur Zeit bei den maßgebenden Stellen über den Neuentwurf der Verdingungsordnung für Leistungen beraten wird.

Wenn die Existenz der Lieferungsgenossenschaft gewährleistet werden soll, so ist das von der Einsicht der Wirtschaftspolitik abhängig, insbesondere dann, wenn Leistungen, die für das Handwerk charakteristisch sind, diesem zugeteilt und, wenn andere Lieferungen in einem Verhältnis zur Industrie geteilt werden, das unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher und sozialer Gründe gefunden wird. Im übrigen dürfte heute schon ein erheblicher Teil der behördlichen Aufträge den Lieferungsgenossenschaften des Schneiderhandwerks zugute kommen.

In den einzelnen Handwerksbetrieben wird sich die Lieferungsgenossenschaft — wirtschaftlich gesehen — durch höheren Umsatz und geringere Unkosten bemerkbar machen. Außerdem wird erhebliche Zeit gespart werden, weil die Genossenschaft für die angeschlossenen Handwerksbetriebe die notwendigen Berechnungen, Zeichnungen und Pläne übernimmt und außerdem die

Verhandlungen führt. Es ist nur zu natürlich, daß die Lieferungsgenossenschaften dazu beitragen, Konjunkturschwankungen zu mildern und eine gewisse Produktionsstabilisierung zu erreichen. Für die angeschlossenen Handwerksbetriebe ergeben sich ersparte Vertriebs- und Fertigkosten und bei höherem Preis auch der Vorteil eines größeren unmittelbaren Gewinns. Außerdem kommen den einzelnen Betrieben die auszuschüttende Rückvergütung auf den Umsatz sowie die Verzinsung des Geschäftsguthabens zugute. Eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit und die Aufdeckung von Verlustquellen im Betriebe wird die Folge sein. Das Produzieren von Qualitätswaren und auch die Erziehung zur Pünktlichkeit ergeben sich weiter aus Gründen des Selbsterhaltungstriebes. Man könnte sich sehr wohl vorstellen, daß sich dabei auch die Einführung besserer Arbeitsmethoden, besserer Maschinen- und Handwerksgeräte zwangsläufig herausbildete. Durch gemeinsamen Einkauf besorgt die Lieferungsgenossenschaft gute und relativ billige Rohstoffe. Und als wichtigstes übernimmt die Lieferungsgenossenschaft auch die Sorge für die nötige Finanzierung der Aufträge. Ebenso wird sie sich einer gemeinsamen Reklame annehmen müssen.

Der Verfasser stellt dann Untersuchungen darüber an, **welche Schwierigkeiten in vielen Fällen dem Gedeihen der Lieferungsgenossenschaften entgegenstehen.** Grundsätzlich wird sich der Arbeitsanteil des Handwerks an Lieferungen auf diejenigen Erzeugnisse beschränken müssen, die für das Handwerk typisch sind und doch eine gewisse Vertretbarkeit aufweisen und zulassen, da sonst die Kontrolle zu schwierig und kostspielig oder gar unmöglich ist. Es können also z. B. Uniformen, Schuhwaren oder Sattelzeug in Frage kommen, da diese Produkte nach bestimmten Anweisungen, vorgeschriebenen Arbeitsverfahren und aus festgelegten Materialqualitäten hergestellt werden können. Nicht möglich wäre jedoch eine Lieferungsgenossenschaft des Goldschmiedehandwerks, da die Eigenart dieses Handwerkszweiges ausgeprägt künstlerischer Natur ist und hier der Bedarf für das Submissionswesen fehlt. Submissionen verlangen selbstverständlich durchweg Produkte von gewisser Aehnlichkeit. Ebenso wären auch Lieferungsgenossenschaften im Friseurhandwerk nicht vorstellbar, da hier ganz persönliche, nicht ersetzbare Handwerksleistungen bestehen. Eine einheitliche richtige Preisberechnung ist nur bei genormter Arbeit möglich. Normen und Normalkalkulation lassen sich für eine individuelle Produktion schlecht oder gar nicht aufstellen.

Weitere Schwierigkeiten bereiten ferner die Grenzen der Teilbarkeit einer Handwerkerleistung. Es ist oft nicht möglich, eine Leistung, einen Auftrag in einzelne kleine Lose aufzuteilen. Im Gegensatz zu guten Zeiten, in denen eine Uebereinstimmung über die Gesichtspunkte der Auftragsverteilung innerhalb der Lieferungsgenossenschaft leicht stattfindet, schafft dieses Problem in Zeiten schlechter Konjunktur vielleicht doch geheimen oder offenen Aerger und Neid. Sollte jedoch zukünftig im Gegensatz zur Abstimmung das Autoritätsprinzip vorherrschen, so dürfte eine Verständigung in dieser Hinsicht leicht sein. Es wird nicht zu umgehen sein, daß bei der Verteilung ein mehr oder weniger fest umrissener Quotenplan zugrunde liegt. Ebenso muß er für jede [illegible] den Quotenanspruch Voraussetzungen. Die Vergebung kann dann in einer bestimmten Reihenfolge (Turnus) vor sich gehen, wobei die Aufträge auf die Quote angerechnet werden. Sofern sich die Lieferungen zergliedern und zerteilen lassen, kann die Verteilung nach einem festgelegten Verteilungsschlüssel erfolgen. Oder aber es richtet sich die Vergebung nach technischen Erfordernissen derart, daß für bestimmte qualifizierte, größere Aufträge nur technisch gut eingerichtete Betriebe, die über die erforderlichen Einrichtungen verfügen, in Frage kommen. Entsprechend der jedem eingeräumten Umsatzquote werden dann die anderen kleineren Arbeiten auf die übrigen nicht berücksichtigten Genossen verteilt. Bei der Errechnung und Zuteilung der jedem einzelnen Handwerker zukommenden gerechten Auftragsgröße liegt mit eine der Hauptschwierigkeiten. Alle hier liegenden Schwierigkeiten kann man erst richtig erkennen, wenn man mit der Eigenart des betreffenden Handwerks besonders vertraut ist. Es wird daher angeraten, daß die Aufträge sorgfältig nach dem Wert des Produktionsmaterials und nach den im Produkte steckenden Arbeitslöhnen zergliedert und getrennt erfaßt werden. Die Methode der Zugrundelegung der Lohnsummen dürfte bei der Zuteilung die richtigste sein, da der Lohn das ausschlaggebende Entgelt für den Handwerker ist.

Eine weitere Schwierigkeit in der Unteilbarkeit der Arbeit entsteht dadurch, daß die Arbeit im engen Zusammenhang mit der Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Industrie steht. Denn wo im Handwerk eine Unteilbarkeit der Leistung besteht, kann der Grundsatz der Arbeitsteilung keine Anwendung finden. Es liegt ebenso nicht im Sinne des Handwerks, eine zuweitgehende Arbeitsteilung vorzunehmen, wobei zu bedenken ist, daß teilbare Leistungen in dem einen Handwerk mehr als in einem anderen vorhanden sind. Man sieht also, daß die Eigenart des Handwerksproduktes, die Handwerksleistung, für die Technik des Zuteilungsverfahrens in den einzelnen Handwerkszweigen entscheidend ist, und daß die Verteilungsfrage eine der Hauptklippen für die Lieferungsgenossenschaft bildet, da durch diese Umstände leicht Streit und Zank in den eigenen Reihen hervorgerufen wird. Die Verteilung steht also im engen Zusammenhange mit der Teilbarkeit der Leistung, so daß letztgenannte als ein ursächlicher Grund für das Wohl und Wehe der Lieferungsgenossenschaft angesehen werden muß.

In der Unkontrollierbarkeit und Ungleichheit der Leistung liegt eine weitere bedeutsame Schwierigkeit für das Gedeihen der Lieferungsgenossenschaft. Auch hierbei spielt die Art des Handwerks wieder eine entscheidende Rolle. Wenn eine Kontrolle vor der Ablieferung möglich ist, so bleiben etwaige Mißhelligkeiten auf die Lieferungsgenossenschaft beschränkt. Ist jedoch eine Qualitätsprobe schlecht oder mit großen Kosten und Umständen verbunden — wie z. B. beim Büchsenmacherhandwerk —, oder ist eine Kontrolle erst nach Ablieferung oder Ausführung der Arbeiten nach einer bestimmten Zeit möglich, so bleiben Reklamationen nicht aus. Natürlich kann das teilweise dadurch beseitigt werden, daß während der Ausführung im Handwerksbetriebe Kontrollbesuche gemacht werden.

Von nicht geringer Bedeutung ist neben der Unkontrollierbarkeit die Ungleichheit der Leistung. Wenn auf eine bestimmte Gleichheit gesehen wird, können natürlich nicht verschiedene Waren geliefert werden. Es müssen daher sowohl die Verschiedenheit der Handarbeit als auch die Unfähigkeit einzelner Handwerker ausgemerzt werden.

Nicht soziale Gesichtspunkte können daher in erster Linie für die Verteilung der Arbeit maßgebend sein, sondern unter allen Umständen die Erfüllung der Verpflichtung dem Auftraggeber gegenüber mit einer Qualitätsarbeit.

Es können daher nur solche Meister eingeschaltet werden, die die unbedingte Gewähr für eine ordnungsmäßige, handwerksgerechte und hochwertige Neuarbeit zu leisten imstande sind. Es darf nur derjenige an den Aufträgen der Lieferungsgenossenschaft beteiligt werden, der die nötige Geschicklichkeit besitzt und einwandfreie Arbeiten zu leisten vermag. Eine gründliche Schulung wird solche Notwendigkeiten nachdrücklichst unterstützen.

Da das Fabrikprodukt hinsichtlich der Gleichmäßigkeit keine oder nur geringe Abweichungen von bestimmten Formen aufweist, so ist in enger Verbindung mit der Ungleichheit der handwerklichen Leistung die Konkurrenzfähigkeit der Industrieware zu beachten. Wenn die Lieferungsgenossenschaft sich durch zeitraubende Informationen an Ort und Stelle während und nach der Anfertigung über Qualität und Innehaltung vorgeschriebener Anweisung erkundigen muß, so bleiben dem Fabrikbetriebe damit zusammenhängender Zeitverlust, Aerger und auch nicht zu vermeidende Kosten erspart. Bei der Industrie läßt die herzustellende Ware eine genauere Berechnung der Anfertigungszeit zu, so daß die vorgeschriebenen Fristen besser eingehalten werden und die Unpünktlichkeit fortfällt.

(Fortsetzung folgt).

Neue Bücher.

Westermanns Monatshefte. Augustfolge 1935.

Eine Reihe von erstklassigen Reproduktionen zeigen das künstlerische Schaffen des Malers Hans Adolf Bühler. Bühler hat u. a. auch den Schuhmacher-Philosophen Jakob Böhme bildlich dargestellt. Ein sehr guter, mit reichlichen Bildern ausgestatteter Bericht, führt den Leser in das Wesen des Segelfluges ein. Im Gegensatz zum Motorenflug ist der Segelflug ein ausgesprochener Menschenflug, bei dem die menschliche Beherrschung der Natur ausschlaggebend ist.

Der Deutsche hat immer den Wunsch die nordischen Länder kennen zu lernen. Die diesmalige Ausgabe von Westermanns Monatsheften bringt einen Bildartikel über Finnland. Johannes Reichelt schildert anläßlich des 5. Todestages Siegfried Wagners Begegnungen mit dem Sohne unseres größten deutschen Komponisten. Vielen Volksgenossen ist das vom Nationalsozialismus geschaffene Reisen mit „Kraft durch Freude" etwas vollkommen Neues und ein Erlebnis von unvergleichlicher Eindruckskraft. Ein Artikel mit Bildern schildert dieses neue Reiseerlebnis.

Eine Reihe weiterer wertvoller Artikel vervollkommnet den Wert der Augustfolge von Westermanns Monatsheften.